

# Koalitionsvertrag

zwischen

SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FWG

im Kreistag Mainz-Bingen

Legislaturperiode 2014-2019

## Inhaltsverzeichnis

Präambel .....	3
<b>Haushalts-/Finanzpolitik</b> .....	4
<b>Energie- und Rohstoffpolitik</b> .....	4
Wirtschaft und Tourismus .....	5
<b>Abfallwirtschaft</b> .....	6
Verkehrs-, Flug- und Bahnlärm .....	6
Mobilität und Verkehr .....	7
Ehrenamt.....	8
<b>Bildungspolitik</b> .....	8
<b>Kinder- und familienfreundliche Politik</b> .....	9
Jugendpolitik .....	9
Gesundheit.....	10
Arbeit und Beschäftigung .....	10
<b>Demographischer Wandel</b> .....	11
Inklusion .....	11
Gesellschaftliche Vielfalt .....	12
Integration.....	12
Gleichstellung.....	13

## Präambel

Die nachstehenden Parteien und Fraktionen im Kreistag Mainz-Bingen, **Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)**, **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** und **FWG (Freie Wählergruppe)** haben sich darüber verständigt in der Legislaturperiode 2014-2019 vertrauensvoll und eng zusammenzuarbeiten und alle Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Koalitionsfraktionen Beschlüsse im Kreistag und in seinen Ausschüssen gemeinsam und geschlossen herbeiführen.

Ziel der Vereinbarung ist es, wichtige und zukunftsweisende Entscheidungen anzugehen, um das Wohl der Bürgerinnen und Bürger in unserem Landkreis zu mehren. Der Landkreis Mainz-Bingen ist unter den rheinland-pfälzischen Landkreisen in vielen Bereichen führend und möchte diese Position weiter ausbauen und verbessern.

Die KoalitionspartnerInnen sind sich bewusst, dass diese herausragende Stellung eine große Verantwortung bedeutet. Sie werden keine Anstrengungen unterlassen, andere Fraktionen hinsichtlich der politischen Ziel- und Prioritätensetzung zu überzeugen und die gesamte Bevölkerung des Landkreises auf diesem Weg mitzunehmen.

## Haushalts-/Finanzpolitik

Es besteht Einvernehmen darüber, dass die **Entschuldung des Kreishaushaltes** und damit auch die **Bedienung von Pensionsrückstellungen** Vorrang vor fremdfinanzierten Investitionen haben. Um die Handlungsspielräume der kreisangehörigen Gemeinden zu erhalten, soll auf eine möglichst **niedrige Kreisumlage** hingewirkt werden.

Die Anstrengungen des Kreistages und der Kreisverwaltung für die nachhaltige Konsolidierung der Kreisfinanzen werden konsequent und unter **Beibehaltung der progressiven Umlagegestaltung** fortgesetzt. Eine Senkung der Progressionsstufen wird geprüft.

An umfangreichen **Investitionen** sind in der neuen Wahlperiode u. a. vorgesehen:

- **Bestandspflege, Aus- und Neubau, Modernisierung** unter Beachtung des Klimaschutzes – je nach Bedarf- der vom Kreis getragenen Gebäude und Liegenschaften,
- Einrichtung einer weiteren **integrierten Gesamtschule** im Landkreis innerhalb der Legislaturperiode,
- **die Bezuschussung des Neubaus von Kindertagesstätten, Krippeneinrichtungen und Horten**, und/oder die **Schaffung weiterer Gruppen** in bestehenden Einrichtungen **nach Maßgabe des Kindertagesstättenbedarfsplanes** , Sanierung von **Schulturnhallen**.

## Energie- und Rohstoffpolitik

Zentrales Ziel ist eine nachhaltige und **zukunftsweisende kommunale Energiepolitik**: Hierzu zählen **klimaneutral zu bauen**, den **Energieverbrauch** deutlich einzuschränken sowie **Energie effizienter** einzusetzen.

**Energiesparende Maßnahmen** gerade auch im Alt-Wohnungsbestand sollen ausgebaut und verstärkt gefördert werden. Der Energie-Dienstleistungsgesellschaft (**EDG**) kommt im Rahmen der Energiepolitik des Kreises eine Schlüsselstellung zu. Hierzu zählen die Förderung und der Ausbau der **dezentralen Energieversorgung** sowie der **Nahwärmeversorgung mit Blockheizkraftwerken**.

Weitere Ziele sind der Ausbau der **energiepolitischen Zusammenarbeit über die Kreisgrenzen hinweg**, um noch stärker als bisher als Wettbewerber am Energiemarkt zu agieren.

Ein weiteres zentrales Vorhaben ist die **Förderung und der Ausbau von alternativer und regenerativer Energieversorgung**.

## Wirtschaft und Tourismus

Die Koalitionsparteien unterstützen die Bemühungen des Landkreises um eine „**vernetzte Wirtschaftsförderung**“ mit der strategischen Ausrichtung auf die Förderung des Tourismus. Das bestehende **Tourismuskonzept** wird unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit, der Erschließung neuer **Zielgruppen** (z. B. Familien mit Kindern) sowie der Einbeziehung von **landwirtschaftlichen Produkten** und der **Kultur** aus der Region überprüft und weiterentwickelt. Dabei sollen auch solche Maßnahmen unterstützt werden, die die Aufenthaltsqualität öffentlicher Orte verbessern (z. B. frei zugängliches WLAN auf Plätzen).

## Umwelt- und Klimaschutz

Der Natur- und Klimaschutz ist ein zentrales Anliegen unserer Politik. Wir wollen den Landkreis zum **Vorreiter in Sachen Klimaschutz** weiterentwickeln.

Fehlentwicklungen wie die Zersiedelung der Landschaft sowie die Entleerung der Ortskerne sind zu stoppen und – soweit möglich – rückgängig zu machen, beispielsweise durch Flächenentsiegelung. Das Prinzip **Innenentwicklung vor Außenentwicklung** ist Leitlinie des politischen Handelns. Um der Zersiedelung entgegen zu wirken, soll ein **Leerstandskataster Wohnen & Gewerbe** des Kreises in Kooperation mit den Kommunen erstellt werden. **Naturschutz und Naherholungsgebiete** machen die hohe Attraktivität des Landkreises für seine Bewohner und Besucher aus. Hier kommt es wesentlich darauf an, ökologisch vertretbare Angebote zu entwickeln und die Besonderheiten der heimischen Natur- und Kulturlandschaft zu erhalten.

Ein besonderer Schwerpunkt liegt in der Umsetzung und Weiterentwicklung des **Klimaschutzkonzeptes**. Durch die Einstellung einer/eines hauptamtlichen **Klimaschutzmanagers/in**, die Bereitstellung ausreichender Finanzmittel und die Berufung eines/einer ehrenamtlichen **Klima- und Umweltschutzbeauftragten** wird die Bedeutung der Aufgabe für die KoalitionspartnerInnen untermauert.

Weitere Maßnahmen sind:

- die **Renaturierung** insbesondere von **Gewässern**, die dem Hochwasserschutz sowie den Menschen zur Naherholung dienen, soweit der Landkreis zuständig ist
- der konsequente Schutz bestehender **Schutzgebiete für Flora und Fauna**,
- der Erhalt des **Ober-Olmer Waldes** und die Ausweisung des **Layenhofs** (in Kooperation mit den zuständigen kommunalen Planungsträgern) soweit möglich als **Naturschutzgebiet**,

- die Förderung und Vermarktung des **Regionalparks „Rheinhessen-Nahe“** sowie des **Weltkulturerbes „Oberes Mittelrheintal“**,
- die **Verhinderung** von Betrieben mit **Massentierhaltung**.
- **Förderung innovativer Projekte für den Tierschutz im Landkreis**

Der **Hochwasserschutz** hat aufgrund der geografischen Lage des Landkreises an Rhein, Nahe und Selz einen besonderen Stellenwert. Er ist eine Gemeinschaftsaufgabe des Kreises mit anderen Akteuren. Bei der Umsetzung des Hochwasserrisiko-Managements wollen wir die betroffenen Kommunen und die Bevölkerung aktiv mit einbeziehen.

## **Abfallwirtschaft**

Die Abfallpolitik des Landkreises basiert auf einer vorausschauenden Politik, die sich dem Grundsatz **Abfallvermeidung geht vor Abfallentsorgung** verpflichtet fühlt. Bei der Abfallentsorgung setzt der Landkreis insbesondere auf nachhaltiges Recycling.

Zur Umsetzung des Ziels sind u. a. folgende Maßnahmen geplant:

- Durchführung der **Altkleidersammlung** mit gemeinnützigen Organisationen des Kreises,
- die Einrichtung von **Reparatur-Cafés** und **Tauschbörsen** sowie systematische **Verwertung von elektronischem Schrott**,
- **Beratungs- und Informationsangebote** zum Thema Müllvermeidung auch in KiTas und Schulen und Im Bereich der außerschulischen Bildung.

## **Verkehrs-, Flug- und Bahnlärm**

Lärm ist zu einer großen Belastung und einem massiven gesundheitsgefährdenden Risiko für viele Menschen im Landkreis geworden. Aus diesem Grund liegt ein besonderes Augenmerk der Koalitionsparteien auf der **Minderung der Lärmbelastung** durch **Flug-, Straßen- und Bahnverkehr**.

Der Landkreis wird seine hohe Lebens-, Wohn- und Aufenthaltsqualität für seine BewohnerInnen wie auch BesucherInnen im Rahmen der politischen Interessensvertretung (z. B. Fluglärmkommission) sowie im Dialog mit den Bürgerinitiativen und betroffenen Kommunen sicherstellen. Der Zusammenarbeit mit der Stadt Mainz kommt hierbei eine besondere Bedeutung zu.

Eine Novellierung des Fluglärmsgesetzes auf Bundesebene mit **strengerem Grenzwerten** (keine Mittelungsschallpegel), **Lärmobergrenzen** und ein **Nachtflugverbot zwischen 22.00 und 6.00 Uhr** sind zentrale verkehrspolitische Forderungen ebenso wie die **Verhinderung des weiteren Ausbaus des Frankfurter Flughafens**.

Ein weiteres zentrales Anliegen ist die Reduzierung der Belastungen durch den **Bahnlärm** (Flüsterbremsen, Geschwindigkeitsbegrenzungen) im Mittelrheintal. Hier wird sich der Landkreis – im Rahmen seiner politischen und rechtlichen Möglichkeiten – ebenfalls stark machen.

## **Mobilität und Verkehr**

Der Landkreis Mainz-Bingen verfügt über eine gute Verkehrsinfrastruktur beim Straßennetz einschließlich der Autobahnanbindungen, bei Schifffahrtswegen und Anlegestellen und durch die Nähe zu den Flughäfen Hahn und Frankfurt/Main. Die **Bestandspflege der Verkehrsinfrastruktur** hat für die Koalitionsparteien eine hohe Priorität, weil sie ein wesentlicher Standortfaktor für die heimische Wirtschaft und die Mobilität der Bürgerinnen und Bürger im Landkreis ist.

Darüber hinaus wollen wir den Landkreis für eine **zukunftsfähige bedarfsorientierte Mobilität fit machen**. In diesem Zusammenhang sind der **Ausbau des ÖPNV und der Radwege** hervorgehobene Ziele.

Hierzu werden folgende Maßnahmen vereinbart:

- eine Verbesserung der **Anbindung von Gemeinden** an die **Mittelzentren**,
- eine **höhere Taktung des ÖPNV**, soweit kreisweit notwendig, sowie eine Überprüfung der Kriterien
- **Errichtung von Radverleihstationen**, beispielsweise durch Zusammenarbeit mit der MVG,
- die **Erarbeitung & Umsetzung eines Radwegkonzeptes** für den Alltags- und Tourismusbereich,
- Förderung des **Einsatzes von Bürgerbussen** oder **Sammeltaxis** in unterversorgten Regionen des Kreises,
- Prüfung eines Jugendtaxi-Angebotes unter Beteiligung der Verbandsgemeinden und Städte
- eine Ausweitung der Zeiten des **Fährverkehrs** in enger Abstimmung mit den ggf. betroffenen AnwohnerInnen.

Die Umweltverträglichkeitsstudie zum **Brückenbau** bei Bingen hat deutlich gezeigt, dass ein solches Vorhaben „zu einer erheblichen Beeinträchtigung der Natura 2000 Gebiete [...] führt“. Die KoalitionspartnerInnen verfolgen **keinerlei Pläne** zum Bau von Rheinbrücken im Landkreis.

## **Ehrenamt**

Die Entwicklung zur Bürgergesellschaft setzt für jeden Einzelnen die Bereitschaft voraus, mehr Verantwortung zu übernehmen und sich selbst aktiv in der Kommune einzubringen. Kommunalpolitik lebt wesentlich von diesen AkteurInnen und bezieht diese in die Entscheidungsprozesse mit ein.

Die **Förderung des ehrenamtlichen Engagements** in allen gesellschaftlichen Bereichen (u. a. Kultur, Sport, Soziales, Bildung, Ökologie, Tierschutz) ist deshalb ein zentrales Anliegen der KoalitionspartnerInnen. Zur Umsetzung des Anliegens sollen die **finanzielle Förderung** ausgeweitet, **neue Zielgruppen** (z. B. Menschen im Ruhestand, MigrantInnen) verstärkt angesprochen werden sowie die Förderkriterien auf Nachhaltigkeit überprüft werden.

Die Einrichtung und **Gestaltung von Kinderspielplätzen** wird als neuer Förderbereich eingerichtet.

Die Fördermöglichkeiten sind generell für Vereine und auch für lokale Initiativen **einfach** und **transparent** zu gestalten. Ein weiteres Ziel ist es, die Angebote zwischen den Gemeinden, dem Landkreis und dem Land besser zu vernetzen.

## **Bildungspolitik**

Wir setzen uns für eine Schule ein, die den Graben zwischen Bildungschancen und sozialer Herkunft überwindet, die integriert und fördert. Dabei setzen wir uns für den Erhalt der Vielfalt der Schullandschaft ein. Vor diesem Hintergrund ist der Schulentwicklungsplan kritisch zu überprüfen und weiterzuentwickeln.

Hierzu werden folgende Maßnahmen vereinbart:

- Ausbau von **qualifizierter Ganztagsbetreuung** in den Schulen
- Die Einrichtung **einer weiteren Integrierten Gesamtschule** im Landkreis innerhalb der Legislaturperiode
- die langfristige **Sicherung der Schulsozialarbeit**



- die **Förderung von SchülerInnen mit Behinderung und Beeinträchtigung** durch bedarfsgerechte und qualifizierte I-HelferInnen
- die Weiterentwicklung der berufsbildenden Schulen im Landkreis

Die **Erwachsenenbildung**, getragen durch die KVHS (Kreisvolkshochschule Mainz-Bingen) und die Volkshochschulen in Ingelheim und Bingen, hat einen hohen Stellenwert, nicht zuletzt bei der Integration und Qualifizierung von MigrantInnen. Diesem Gesichtspunkt soll das Bildungsangebot der VHSen zunehmend Rechnung tragen

## **Kinder- und familienfreundliche Politik**

Die Unterstützung von Familien hat für die KoalitionspartnerInnen eine besondere Bedeutung. Dabei kommt es darauf an, die spezifischen Bedürfnisse von Familien zu berücksichtigen. Dafür ist es Voraussetzung anzuerkennen, dass unsere Familien im Landkreis **vielfältig** sind. Alleinerziehende, Patchworkfamilien und Regenbogenfamilien gehören in unserem Landkreis mit dazu. Die bessere **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** ist uns ein zentrales Ziel.

Zur Umsetzung werden folgende Maßnahmen vereinbart:

- Die **Kinderbetreuung in den Bereichen Krippe und Hort** sowie im „Haus des Kindes“ wird qualitativ und bedarfsgerecht ausgebaut.
- Das Angebot an **Ganztagsplätzen in Kindertagesstätten** soll in enger Abstimmung mit den jeweiligen Trägern der Kindertagesstätten und den Elternvertretern ausgeweitet und die **Öffnungszeiten** bei Bedarf verlängert und flexibler gestaltet werden.
- Der Ausbau und die **Vernetzung der Tagespflege** werden forciert.
- Die **Offensive „Kindeswohl“** wird weitergeführt.
- Niedrigschwellige Angebote für Eltern wie z. B. **Elternkurse** werden ausgebaut.
- Das **Lokale Bündnis für Familie** wird weiterentwickelt und ausgebaut.
- Die Unterstützung von Familienvielfalt.

## **Jugendpolitik**

Die KoalitionspartnerInnen verstehen Jugendliche als einen integralen Bestandteil unserer Gesellschaft. Dazu gehört es auch, die jungen Menschen direkt in Entscheidungen mit einzubeziehen. In vielen Bereichen müssen ihre Wünsche und Bedürf-

nisse mehr beachtet werden. **Politik für junge Menschen ist eine Querschnittsaufgabe.** Die KoalitionspartnerInnen verpflichten sich, Jugendliche bei den Zugängen zu Arbeit und Ausbildung oder bei bildungs-, infrastrukturellen, sozial- und gesundheitspolitischen Fragen immer fest im Blick zu haben. Ebenfalls sind die Räume für junge Menschen und Angebote der Jugendarbeit – auch und gerade in einer älterwerdenden Gesellschaft – zu erhalten und bei Bedarf auszubauen.

Die vereinbarten Maßnahmen sind:

- die **Absicherung und Weiterentwicklung der offenen Jugendarbeit,**
- Entwicklung eines innovativen Konzepts zur **Jugendbeteiligung**, um dadurch eine stärkere Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen bei den Entscheidungen der Kommunen zu erzeugen,
- die **Förderung jugendkultureller Projekte und Initiativen,**
- Angebote der **Fort- und Weiterbildung im Bereich der Jugendarbeit.**

## **Gesundheit**

Zentrales Ziel der KoalitionspartnerInnen ist es, alle Ansätze und Gestaltungsmöglichkeiten auf Kreisebene zu nutzen, um die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger zu fördern und zu erhalten. **Gesundheitserziehung** muss so früh wie möglich einsetzen.

Die Koalition unterstützt ausdrücklich die Einrichtung und den Betrieb von Ganztagschulen. Für diese Schulform ist es unabdingbar, dass die Kinder und Jugendlichen täglich mit **gesundem und wohlschmeckendem Mittagessen** versorgt werden. Die vorhandenen dezentralen Produktionsküchen im Kreis sollen von Integrationsbetrieben geführt werden. Bei Bedarf werden neue Produktionsküchen eingerichtet. Bei der Lieferung der Lebensmittel werden **regionale Anbieter** bevorzugt.

Zur **Erhöhung der Akzeptanz** für Schulessen und gesunde Ernährung werden adäquate Werbemaßnahmen initiiert sowie begleitend Veranstaltungen und Aktionen für Kinder, Eltern, Lehrer und Lehrerinnen durch fachkundiges Personal angeboten.

## **Arbeit und Beschäftigung**

Für die KoalitionspartnerInnen sind die **Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und die Vermittlung in Ausbildung** herausragende Ziele. Neben sehr starken Kommunen mit bedeutenden Wirtschaftsunternehmen und erfolgreichen mittelständischen Be-

trieben ist der Kreis auch durch ländliche Regionen geprägt, die in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung gestärkt und bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze unterstützt werden müssen.

Vor dem Hintergrund der aktuellen wirtschaftlichen und demografischen Entwicklung ist eine zielgerichtete und nachhaltige Arbeitsmarktpolitik unerlässlich.

Weitere Eckpunkte der Arbeitsmarktpolitik im Landkreis Mainz-Bingen sind die Unterstützung und Förderung von älteren Langzeitarbeitslosen (50plus), die Schaffung von **passgenauen Angeboten** für Alleinerziehende sowie die Förderung eines Fallmanagements, um Leistungen der Jugendberufshilfe, Jugendhilfe und Gesundheitshilfe zu vernetzen. Hierzu wird auch die **Gründung einer Beschäftigungsgesellschaft** in Erwägung gezogen.

## **Demographischer Wandel**

Der demographische Wandel stellt den Landkreis und seine Kommunen vor gewaltige Herausforderungen und soll zukünftig als Querschnittsaufgabe (u. a. Bauen, Wohnen, Verkehr, Gesundheit, Bildung, Kultur) gestaltet werden.

Der „**Demographie-Atlas**“ des Landkreises stellt die prognostizierten Entwicklungen detailliert dar und spricht eine Reihe von **Handlungsempfehlungen** aus, wie beispielsweise generationenübergreifendes bzw. gemeinschaftliches Wohnen, den barrierefreien Umbau öffentlicher Gebäude oder die Förderung des Ehrenamts und der Freiwilligenarbeit.

Der Anteil der über 60-jährigen im Landkreis wird dramatisch ansteigen. Wir brauchen besondere Betreuungs- und Pflegeangebote für alte Menschen und Demenzkranke ebenso wie neue Angebote wie Begleitdienste, Fahr- und Besuchsdienste sowie haushaltsnahe Dienstleistungen.

Die KoalitionspartnerInnen sind sich darin einig, die gemachten Empfehlungen in den nächsten Jahren umzusetzen. Zur Unterstützung und Aufwertung dieser Aufgabe wird eigens **ein/e Beauftragte/r für Demographie** eingesetzt.

## **Inklusion**

Die KoalitionspartnerInnen vereinbaren, die Anstrengung zur Umsetzung der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderung deutlich zu verstärken. Zentrale Ziele sind der Ausbau der Inklusion sowie die Schaffung einer Kultur der **gleichberechtigten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben**.

Dem Bildungswesen kommt dabei eine besondere Rolle zu. Durch die Schulentwick-

lungsplanung sind den Eltern Wahlmöglichkeiten in Bezug auf inklusive Regelschulen zu eröffnen.

Weitere Maßnahmen der Inklusion sind:

- **Barrierefreiheit** wird in allen öffentlichen baulichen Projekten berücksichtigt und soweit wie möglich umgesetzt,
- öffentliche Publikationen und Formulare in **leichter und einfacher Sprache** vorzuhalten,
- Die **Inklusion von Kindern mit Behinderung und Beeinträchtigung in Regleinrichtungen** (Kitas und Schulen) wird u.a. durch Einzelintegrationsmaßnahmen bei Bedarf ausgebaut. Die Kriterien und Indikatoren zur Gewährung von Integrationsmaßnahmen sind zu überprüfen.
- **Kindergärten werden zu inklusiven Einrichtungen** weiterentwickelt.
- **Kleine, regionale Wohneinheiten** für Menschen mit Behinderung sind großen stationären Wohnanlagen vorzuziehen.
- Die **Schaffung von Einzelarbeitsplätzen** für Menschen mit Behinderung wie auch die Initiierung weiterer Integrationsbetriebe wird angestrebt.
- Dem Leitgedanken „ambulant vor stationär“ wird sowohl bei der Hilfe zur Pflege als auch bei der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung **Priorität** eingeräumt.

## Gesellschaftliche Vielfalt

Die KoalitionspartnerInnen verpflichten sich, die **Akzeptanz- und Willkommenskultur** im Landkreis kontinuierlich weiterzuentwickeln. Jeder Form von Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, Alter, Herkunft, Religion oder sexueller Identität soll entgegen gewirkt werden.

Lesben, Schwule und queere Personen sollen sich in unserem Landkreis wohlfühlen, deshalb sollen Projekte zur **Akzeptanzarbeit und Outingberatung** unterstützt werden.

## Integration

Integration bedeutet für die KoalitionspartnerInnen Chancengleichheit, Bildung und kulturelle Selbstbestimmung für Menschen unterschiedlicher Herkunft zu ermögli-

chen. Eine aktive Einwanderungspolitik und eine **Willkommens- und Anerkennungskultur** gegenüber Flüchtlingen sind integraler Bestandteil der Politik der Koalition.

Die vereinbarten Maßnahmen in diesem Bereich sind:

- **Sensibilisierung durch Fort- und Weiterbildung der Verwaltung** für gesellschaftliche Vielfalt,
- Ausweitung der **Sprach- und Integrationsangebote**,
- Ausweitung des Programms der **Integrationslotsen** und die Unterstützung der ehrenamtlichen Lotsen,
- Einrichtung einer **Stabstelle für Integration**, um die Vernetzung in diesem Bereich zu gewährleisten.

## **Gleichstellung**

Die KoalitionspartnerInnen wollen die gleichberechtigte Teilnahme der Frauen in Beruf und Gesellschaft fördern. Dazu zählen arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, die Förderung von Existenzgründungen sowie die paritätische Besetzung bei öffentlichen Unternehmen wie z. B. den Sparkassen.

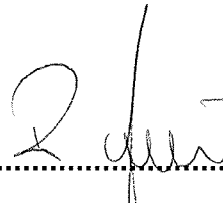
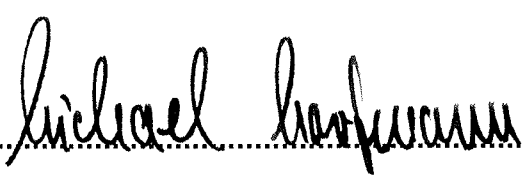
Die vereinbarten Maßnahmen in diesem Bereich sind:

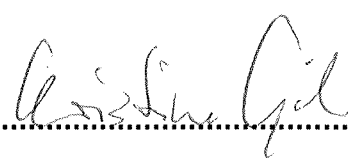

- **Unternehmerinnenmesse** fortführen und weiterentwickeln,
- Planung und **Durchführung eines Queerdays** als Weiterentwicklung des Girlsday,
- **Orientierungsseminare für Berufsrückkehrerinnen**,
- die Erprobung des **Instruments des Genderbudgetings** in einzelnen Sektoren des Haushalts.


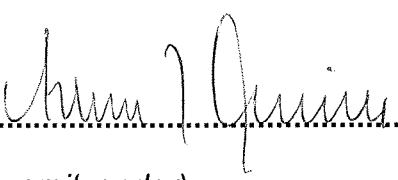
## Unterzeichnung

Unter Vorbehalt der Zustimmung der jeweils zuständigen Gremien.

Ingelheim, den 22.06.2014

   
.....  
für die SPD (Kreistagsfraktion und Partei)

   
.....  
für die BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Kreistagsfraktion und Partei)

   
.....  
für die FWG (Kreistagsfraktion und Vereinsvorsitzender)